



HESSISCHER LANDTAG

07. 05. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Fraktion DIE LINKE

Bilanz der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg

Der Landtag wolle beschließen:

Mit der Übernahme der Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH durch die Rhön-Klinikum AG zum 1. Februar 2006 wurde erstmals in Deutschland ein Universitätsklinikum in private Trägerschaft überführt. Dem Verkauf von 95 % der Gesellschafteranteile an die Rhön-Klinikum AG zum Preis von 112 Mio. € hatte der Hessische Landtag einen Tag zuvor mit Stimmen von CDU und FDP zugestimmt.

Das Land hat die Transaktion mit klaren Vorgaben (u.a. strukturellen Veränderungen in der Krankenversorgung, Entwicklung neuer strategischer Perspektiven, Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen) verbunden.

Seit der Privatisierung sind immer wieder Klagen von Patienten, Studierenden, Ärzten und des Personals über Versorgung, Arbeitsbedingungen, die Trennung zwischen dem privat geführten Krankenhaus und den Bereichen der Forschung und Lehre zu hören, die von großen Reibungsverlusten und unklaren finanziellen Auswirkungen geprägt sind.

Im Juni 2013 forderte die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag, Kordula Schulz-Asche, in einer Pressemitteilung der Fraktion vom 14. Juni: „Nötig ist endlich ein Gesamtkonzept für das Universitätsklinikum Gießen-Marburg, das alle möglichen Optionen der Trägerschaft (Rückkauf durch das Land, Übergabe an gemeinnützige Trägerschaft, Übernahme durch privaten Träger) und die jeweiligen Vor- und Nachteile für das Land, für die Universitäten mit Forschung und Lehre sowie die Patientenversorgung prüft.“

Um die Zukunft der für die gesundheitliche Versorgung in Mittelhessen und für die ärztliche Ausbildung zuständigen Institutionen nicht zu gefährden, müsste dringend ein Gesamtkonzept entwickelt werden, das die Risiken und die Chancen klar benennt, mit den Beteiligten diskutiert und eine Perspektive gibt sowie eine Prüfung erfolgen, die den Rückkauf durch das Land, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen, die Übergabe an gemeinnützige Trägerschaft oder die Übernahme durch private Träger beleuchtet.

Der Landtag beauftragt den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, federführend, sowie den Ausschuss für Soziales und Integration, eine Anhörung zum Stand der Umsetzung des Konsortialvertrages und zur zukünftigen Entwicklung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg durchzuführen, insbesondere unter Berücksichtigung der folgenden Bereiche:

- Investitionen,
- Patientenentwicklung und -versorgung,
- Mitarbeiterentwicklung/Personalentwicklung – Personalabbau,
- Entwicklung (unbezahlter) Überstunden,
- Arbeitsverdichtung,
- Renditen,
- Aufgabenfelder.

Dabei sollen insbesondere angehört werden:

- die Geschäftsleitung und die Dekanatsleitungen,
- die Betriebsräte,
- die Gewerkschaften, die die Interessen der Beschäftigten am UKGM vertreten,

- die Studierendenvertreter,
- der Wissenschaftsrat,
- die Landesärztekammer, die Psychotherapeutenkammer und die Kassenärztliche Vereinigung,
- Organisationen, die die Interessen von Patientinnen und Patienten vertreten,
- Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalpolitik (Oberbürgermeisterin, Oberbürgermeister, betroffene Landrätinnen und Landräte, Vertretungen der Fraktionen in den Stadt- und Kreisparlamenten).

Aufgabe der Anhörung soll es sein, die bisherige Entwicklung und die aktuelle Situation zu bewerten und Empfehlungen für das zukünftige Handeln zu entwickeln.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 7. Mai 2019

Für die Fraktion der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler